

Die Einnahmen und Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im Jahr 1966

Allgemeines

Die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte wurde im Jahr 1966 in unveränderter Form weitergeführt. Über die Neugestaltung des zur Zeit geltenden Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms ist im Zusammenhang mit der Umstellung der Systematik ab 1. 1. 1965 bereits ausführlich berichtet worden¹.

An den Aufzeichnungen der Einnahmen und Ausgaben beteiligten sich in Baden-Württemberg – entsprechend den Auswahlrichtlinien des Statistischen Bundesamtes – im Monatsdurchschnitt rund 60 Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte, bestehend aus jüngeren Ehepaaren mit zwei Kindern, von denen mindestens eines unter 15 Jahre alt sein mußte. Unter Berücksichtigung der ab 1. 1. 1966 geltenden Einkommensgrenzen wurden nur solche Familien in die Erhebung einbezogen, deren Haushaltsvorstand ein Bruttoeinkommen zwischen 750,- und 1150,- DM bezog. Voraussetzung für die Mitwirkung war ferner, daß der Haushaltsvorstand der Hauptverdiener war und den Unterhalt der Familie im wesentlichen allein bestritt.

Bei einem beträchtlichen Teil der Haushalte, die schon mehrere Jahre an der Statistik mitgewirkt hatten, war im Zuge stärkerer Verdiensterhöhungen die vorgegebene Obergrenze bereits im Vorjahr überschritten worden, so daß zu Beginn des Jahres 1966 ein größerer Wechsel erforderlich wurde. Die Familien mit zu hohen Einkommen mußten gegen solche mit niedrigeren Bezügen ausgetauscht werden.

Gliedert man die Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, so zeigt der folgende Vergleich mit dem Jahr 1965, daß erhebliche strukturelle Verschiebungen eingetreten sind:

Soziale Stellung	1965		1966	
	Anzahl der Haushalte	Anteil in %	Anzahl der Haushalte	Anteil in %
Arbeiter	27	48	23	38
Angestellte	19	34	17	29
Beamte	10	18	20	33
Insgesamt	56	100	60	100

Im Berichtsjahr waren somit im ganzen weniger Arbeiter- und Angestelltenhaushalte und statt dessen wesentlich mehr Beamtenhaushalte einbezogen. Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß 1965 rund 17% der Haushalte Gebäude- bzw. Wohnungseigentümer waren, während ihr Anteil 1966 nur noch etwa 10% betrug. Die Zahl der Familien, die ein eigenes oder gepachtetes Grundstück als Nutzgarten bewirtschafteten, ging von 47% auf 38% zurück.

Um einwandfrei vergleichbare Jahresergebnisse zu erhalten, wäre es wünschenswert, daß die Zusammensetzung der Haushalte über Jahre hinweg möglichst unverändert bliebe. Doch bereitet es in der Praxis Schwierigkeiten, jeweils genau den Richtlinien entsprechende Haushalte zu gewinnen, die auf freiwilliger Basis an der Buchführung mitwirken, zumal hierbei sehr viel Kleinarbeit und Sorgfalt erforderlich ist.

Wenn bei der folgenden Erläuterung des Haushaltsbudgets 1966 Vergleichszahlen aus dem Vorjahr herangezogen werden, so dürfen daher die oben erwähnten strukturellen Verschiebungen innerhalb des Haushaltsbestands und deren Einfluß auf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht außer acht gelassen werden.

Struktur und Veränderungen des Haushaltsbudgets

Wie sich aus der Tabelle 1 ergibt, betrug das *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* im Berichtsjahr 1041,12 DM pro Monat und Haushalt². Auf den Haushaltsvorstand allein

entfielen hiervon 1021,08 DM, auf die übrigen Familienmitglieder zusammen 20,04 DM. Neben den Bezügen aus unselbständiger Arbeit spielte das Einkommen aus freiberuflicher (selbständiger) Tätigkeit (30,99 DM) nur eine unbedeutende Rolle. Zu der letztgenannten Position werden auch Entgelte für gelegentliche Reinigungsarbeiten der Ehefrauen oder sonstige in geringem Umfang und unregelmäßig geleistete Hilfsdienste gerechnet.

Das *Einkommen aus Vermögen* (13,26 DM) entstammt im wesentlichen den Nettoeinkünften aus Vermietung und Verpachtung, wobei der Mietwert der eigengenutzten Eigentümerwohnung (gegebenenfalls abzüglich der Aufwendungen und Schuldzinsen hierfür) ebenfalls mit eingerechnet ist. Da der

Tabelle 1 Budget von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes¹⁾ — Durchschnittsbeträge je Monat und Haushalt —

Art der Einnahmen und Ausgaben	1965		1966	
	DM	%	DM	%
Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto)	1 036,60	88,5	1 041,12	87,6
davon				
Einkommen des Haushaltsvorstandes ²⁾	1 011,47	86,4	1 021,08	85,9
Einkommen der Ehefrau	16,51	1,4	13,04	1,1
Einkommen sonstiger Haushaltsmitglieder	8,62	0,7	7,00	0,6
Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit (brutto)	33,86	2,9	30,99	2,6
Einkommen aus Vermögen (brutto)	15,00	1,3	13,26	1,1
Empfangene Einkommensübertragungen (brutto)	85,88	7,3	103,80	8,7
davon				
laufende Einnahmen aus Übertragungen ³⁾	27,79	2,4	32,99	2,8
einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Übertragungen ⁴⁾	58,09	4,9	70,81	5,9
Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen und empfangenen Einkommensübertragungen (brutto) zusammen	1 171,34	100	1 189,17	100
abzüglich				
Einkommen- und Vermögensteuer	60,94	5,2	58,61	4,9
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	77,74	6,6	68,00	5,7
Nettoeinkommen	1 032,66	88,2	1 062,56	89,4
zuzüglich				
sonstige Einnahmen ⁵⁾	30,89	2,6	24,11	2,0
Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen insgesamt ⁶⁾	1 063,55	90,8	1 086,67	91,4
abzüglich				
Ausgaben für den privaten Verbrauch (siehe Tabelle 2)	882,18	75,3	925,74	77,9
übrige Ausgaben	78,68	6,7	78,63	6,6
davon				
freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung und Prämien für private Versicherungen (ohne Lebensversicherungen)	37,80	3,2	38,60	3,2
Übertragungen an andere private Haushalte, Beiträge, Spenden, Sonstiges	40,88	3,5	40,03	3,4
Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten ⁷⁾	+ 102,69	+ 8,8	+ 82,30	+ 6,9
davon				
Bildung von Sachvermögen	+ 32,97	+ 2,8	+ 1,57	+ 0,1
Bildung von Geldvermögen (einschl. Prämien für Lebensversicherungen)	+ 72,99	+ 6,2	+ 58,61	+ 4,9
Differenz zwischen Aufnahme und Rückzahlung von Krediten	- 3,27	- 0,2	+ 22,12	+ 1,9

¹⁾ Monatl. Bruttoeinkommen z. Z. 750 bis 1150 DM. — ²⁾ Einschließlich nebenberuflicher Tätigkeit. — ³⁾ Renten, Pensionen, Unterstützungen und andere Übertragungen der Sozialversicherung, Gebietskörperschaften, öffentlicher und privater Unternehmen, privater Versicherungen, Organisationen sowie privater Haushalte. — ⁴⁾ Übertragungen der Sozialversicherung, Rückerstattung von Einkommen- und Vermögenssteuer, sonstige Übertragungen der Gebietskörperschaften, anderer privater Haushalte usw. — ⁵⁾ Einnahmen (brutto) aus Untervermietung, aus dem Verkauf gebrauchter Waren, Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche Zwecke usw. — ⁶⁾ Ohne Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme. — ⁷⁾ Jedoch ohne Wertveränderungen vorhandener Geld- und Sachvermögens. Vermögensbildung einschl. Entschuldung(+); Vermögensauflösung einschl. Kreditaufnahme(-).

¹ Vgl.: *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 11/1966, S. 327 ff.
² Sofern nichts anderes erwähnt ist, handelt es sich auch bei allen nachfolgenden Angaben über Einkommen und Ausgaben der Haushalte um Durchschnittsbeträge je Monat und Haushalt.

Tabelle 2 Durchschnittliche monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch¹⁾ je Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes

Ausgabengruppe	1965		1966	
	DM	%	DM	%
Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	325,19	36,8	334,59	36,1
davon:				
Nahrungsmittel	279,98	31,7	287,36	31,0
Genußmittel	45,21	5,1	47,23	5,1
Kleidung, Schuhe	98,52	11,2	90,79	9,8
Wohnungsmieten	108,64	12,3	124,85	13,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.	37,78	4,3	41,25	4,5
Übrige Güter für die Haushaltsführung ..	82,08	9,3	105,33	11,4
Güter für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	121,61	13,8	104,92	11,3
Güter für die Körper- und Gesundheitspflege	31,83	3,6	41,27	4,5
Güter für Bildung und Unterhaltung ..	57,76	6,6	64,75	7,0
Persönliche Ausstattung; Sonstige Güter	18,77	2,1	17,99	1,9
Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch	882,18	100	925,74	100

¹⁾ Marktentnahme. — ²⁾ Einschließlich fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten.

Anteil der Haushalte mit eigenem Haus gegenüber dem Vorjahresstand zurückgegangen ist, erklärt es sich, daß entsprechend auch das Durchschnittseinkommen aus Vermögen im Jahr 1966 etwas geringer war. Die empfangenen Einkommensübertragungen (103,80 DM) haben sich dagegen in Jahresfrist etwas erhöht. Dabei wirkte sich u. a. aus, daß mehr laufende Zahlungen von den Gebietskörperschaften gewährt wurden. Hierzu gehörten vor allem Kindergelder, Erziehungsbeihilfen und neuerdings auch Wohngeldzahlungen in beträchtlichem Umfang. Unter den einmaligen und unregelmäßigen Einnahmen fielen die Übertragungen von anderen privaten Haushalten am meisten ins Gewicht. Auch diese haben sich gegenüber dem Vorjahr merklich erhöht.

Im ganzen betragen die Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen und empfangenen Einkommensübertragungen 1189,17 DM gegenüber 1171,34 DM im Jahr 1965. Mitbedingt durch die Aussonderung der Haushalte mit überhöhtem Einkommen war somit die Steigerung gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig (+ 1,5 %).

Vom Bruttoeinkommen gingen ab: Einkommen- und Vermögensteuer 58,61 DM, Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung 68,00 DM. Letztere haben sich gegenüber 1965 um 13 % gesenkt, was mit der Zunahme der Beamtenhaushalte, die nicht unter die Sozialversicherungspflicht fallen, zusammenhängt.

Aus dem verbliebenen Nettoeinkommen (1062,56 DM) zuzüglich der sonstigen Einnahmen errechnen sich die ausgabefähigen Einnahmen insgesamt in Höhe von 1086,67 DM. Der größte Teil hiervon (925,74 DM) kam dem privaten Verbrauch zugute, der im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 4,9 % aufwies, und somit stärker gestiegen ist als die ausgabefähigen Einnahmen (+ 2,2 %). Neben den Ausgaben für den privaten Verbrauch schlugen als übrige Ausgaben die freiwilligen Beiträge zur Sozialversicherung und Prämien für private Versicherungen in Höhe von 38,60 DM, sowie die Übertragungen an andere Haushalte, Vereinsbeiträge, Spenden usw. mit zusammen 40,03 DM zu Buche. Im ganzen blieben die übrigen Ausgaben im Vergleich zu 1965 nahezu unverändert.

Der Saldobetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben betrug im Berichtsjahr + 82,30 DM; er war somit wesentlich kleiner als 1965, wo er sich auf 102,69 DM belaufen hatte; das heißt ein größerer Teil der Einnahmen wurde für laufende Ausgaben verwendet, während die Rücklagen zur Bildung von Sach- und Geldvermögen durchschnittlich geringer waren. Angesichts der schwachen Repräsentationsgrundlage können aus diesem Ergebnis jedoch keine gültigen Schlüsse auf die Sparneigung der Haushalte gezogen werden. Auch dürfte der Rückgang des Bestands an Hauseigentümern eine Rolle spielen,

die, soweit sie in neuerer Zeit gebaut hatten, vielfach noch größere regelmäßige Summen zur Finanzierung ihres Hauses aufbringen mußten, die bei ihnen praktisch den sonst üblichen Monatsmieten entsprachen.

Die Entwicklung der Ausgaben für den privaten Verbrauch

Obwohl der Anteil der Aufwendungen für Nahrungsmittel an der Gesamtsumme des privaten Bedarfs unter dem Einfluß der Einkommenssteigerungen der letzten Jahre stetig zurückgegangen ist, und auch von 1965 bis 1966 wieder eine Verringerung von 31,7 auf 31,0 % zu verzeichnen war, stellen die Ernährungsausgaben noch immer die weitaus bedeutendste unter allen Bedarfsgruppen dar (vgl. Tabelle 2). Der absolute Ausgabenbetrag (287,36 DM) lag um 2,6 % höher als 1965. Bei den einzelnen Nahrungsmitteln waren u. a. Mehrausgaben zu verzeichnen für Fleisch (+ 4,5 %), Milch aller Art (+ 10,4 %), Margarine (+ 3,8 %), Schwarzbrot (+ 7,5 %), Weißbrot (+ 4,2 %), Gemüse (+ 7,7 %), Obst- und Gemüsesäfte (+ 24,7 %), während sich die Aufwendungen u. a. bei folgenden Waren verringerten: Butter (— 3,4 %), Feingebäck (— 10,5 %), Kartoffeln (— 21,2 %), Schokolade (— 6,2 %). Die wesentlich erhöhten Ausgaben für Milch und Gemüse lassen darauf schließen, daß sich unter den Buchführerfamilien mehr Kleinkinder befanden, denn nur ein Teil dieser Erhöhungen dürfte auf Teuerungen beruhen. So ist beispielsweise der Preisindex für Milch und Milcherzeugnisse in Baden-Württemberg (mittlere Verbrauchergruppe) von Dezember 1965 bis Dezember 1966 nur um 1,1 % angestiegen.

Für Genußmittel wurden 47,23 DM verwendet, das sind 4,5 % mehr als im Vergleichsjahr 1965. Davon haben sich die Ausgaben für alkoholische Getränke um 3,6 %, für Tabakwaren um 10,8 % erhöht.

Bei der Bedarfsgruppe Kleidung, Schuhe war ein auffallender Rückgang von 98,52 DM auf 90,79 DM (— 7,8 %) festzustellen. In fast allen Untergruppen der Bekleidung zeichnete sich ebenfalls eine Ausgabenverringering ab, während beispielsweise die Aufwendungen für Säuglingsbekleidung gestiegen sind. Auch hier liegt als Erklärung das niedrigere Durchschnittsalter der Kinder nahe. Doch dürfte die Zurückhaltung der Haushalte beim Kauf von Kleidung und Schuhen auch mit den vergrößerten Ausgaben für andere Zwecke zusammenhängen.

Vor allem machte sich der Mehraufwand für Wohnungsmieten von 14,9 % im Budget der Haushalte bemerkbar. Als Ursache sind jedoch nicht allein die Mietpreiserhöhungen anzuführen. Die durchschnittliche Fläche der Wohnungen hatte 1965 noch 69 qm, 1966 rund 70 qm betragen. Die Mehrauslagen dürften daher zum Teil darauf beruhen, daß größere

Tabelle 3 Sachzugänge und -geschenke im Monatsdurchschnitt 1966 je Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes

Verwendungszweck	Ausgaben für Sachgeschenke an Dritte DM	Sachgeschenke von Dritten DM	Sachzugänge aus Eigenschaftung DM
Nahrungsmittel	1,52	9,57	8,67
Genußmittel	1,57	2,24	—
Kleidung, Schuhe	4,62	13,37	—
Wohnungsmieten	—	—	—
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.	—	0,36	0,06 ¹⁾
Übrige Güter für die Haushaltsführung ..	3,82	4,83	0,20 ²⁾
Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung	0,02	0,73	—
Güter für die Körper- und Gesundheitspflege	0,49	0,92	—
Güter für Bildung und Unterhaltung ..	2,10	5,90	—
Persönliche Ausstattung; Sonstige Güter	0,81	1,87	—
Insgesamt	14,95	39,79	8,93

¹⁾ Holz. — ²⁾ Blumen und Pflanzen.

und hochwertigere Wohnungen gemietet wurden. Durchschnittlich werden von den Haushalten nach wie vor 4 Räume (3 Zimmer mit Küche) bewohnt.

Innerhalb der Gruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. hat die Position Zentralheizung gegenüber bisher mehr an Bedeutung gewonnen.

Besonders groß waren die Ausgabensteigerungen in der Gruppe übrige Güter für die Haushaltsführung (+ 28,3 %). Hier fielen vor allem größere Anschaffungen von Möbeln und Teppichen ins Gewicht, was wiederum ein Hinweis dafür ist, daß die Aufzeichnungen von verhältnismäßig jungen Familien stammen, deren Hausstand sich noch im Aufbau befand, oder daß größere Wohnungen bezogen wurden.

Dagegen erübrigten die Haushalte für die Ausgabengruppe Verkehr, Nachrichtenübermittlung einen merklich kleineren Teil der verfügbaren Mittel gegenüber dem Vorjahr. Unter anderem ist die für den Kauf von Kraftfahrzeugen ausgegebene Summe geringer geworden. Doch sind die Aufwendungen in dieser Bedarfsgruppe mit insgesamt 104,92 DM noch immer wesentlich höher als im Bundesdurchschnitt (85,11 DM).

Die Steigerung bei der Gruppe Körper- und Gesundheitspflege ist im wesentlichen auf höhere Auslagen für ärztliche Behandlung und damit zusammenhängende Kosten zurückzuführen.

Auch in der Gruppe Bildung und Unterhaltung waren die Mehrausgaben beträchtlich, während für die persönliche Ausstattung (Uhren, echter Schmuck u. ä.) weniger angelegt wurde als im Jahr zuvor. Letzteres gilt auch für die Dienstleistungen des Beherbergungswesens, die unter Sonstige Güter verbucht sind. Doch kann aus dem Rückgang nicht unbedingt geschlossen werden, daß die Urlaubsfahrten eingeschränkt wurden. Großer Beliebtheit erfreuen sich die Campingreisen. Außer der Zeltplatzgebühr treten hier buchnmäßig keine Beherbergungskosten in Erscheinung. Ebenso entfallen die Auslagen fürs Gasthaus, wenn sich die Familien selbst verpflegen. So werden die Aufwendungen während der Ferien in diesen Fällen mit Ausnahme der Fahrtkosten (Ausgaben für Benzin) überhaupt nicht als solche erkennbar, da sie wie normale Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken usw. verbucht werden.

Ausgaben der Haushalte je Vollperson

Um für den Vergleich der Jahresergebnisse über den privaten Bedarf in den Jahren 1965 und 1966 eine bessere Grundlage zu gewinnen, wurden die strukturellen Unterschiede in der Zusammensetzung der Haushalte hinsichtlich Beruf, Geschlecht und Lebensalter der Haushaltsmitglieder durch Umrechnung auf die unten angegebene Vollpersonenzahl ausgeschaltet. In bezug auf eine Reihe anderer Faktoren, die ebenfalls die Höhe der Haushaltsausgaben wesentlich beeinflussen, wie zum Beispiel die Zahl der An- und Abwesenheitstage der Haushaltsmitglieder, die Häufigkeit von Einladungen und Bewirtungen haushaltsfremder Personen, wurde jedoch eine Bereinigung der Ergebnisse nicht durchgeführt.

Durchschnittliche Vollpersonenzahl je Haushalt

Ausgaben­gruppe	1965	1966
Nahrungs- und Genußmittel	3,1756	3,0204
Übriger Bedarf	2,6837	2,5941

Die Berechnung zeigt, daß die Vollpersonenzahl sowohl hinsichtlich der Ernährung als auch des übrigen Bedarfs kleiner war als 1965. Bei der Umrechnung der Haushaltsausgaben auf die Vollperson ergaben sich die folgenden Werte:

Monatsausgaben je Vollperson für den privaten Verbrauch

Ausgaben­gruppe	1965		1966	
	DM	%	DM	%
Nahrungs- und Genußmittel	102,40	33,0	110,78	32,7
Übriger Bedarf	207,55	67,0	227,88	67,3
Privater Verbrauch insgesamt	309,95	100,0	338,66	100,0

Tabelle 4 Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Dezember 1966 - Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes -

Gegenstand	Haushalte	
	Anzahl	%
Fernsehgerät	39	63,9
Radio	61	100,0
Plattenspieler	27	44,3
Tonbandgerät	12	19,7
Musik(truhe)schrank	10	16,4
Fotoapparat	56	91,8
Schmalfilmkamera	—	—
Schmalfilmprojektor	—	—
Diaprojektor	13	21,3
Kühlschrank	56	91,8
Tiefkühltruhe	5	8,2
Küchenmaschine (elektrisch)	19	31,1
Geschirrspülmaschine (elektrisch)	—	—
Mixergerät (elektrisch)	31	50,8
Grill (elektrisch)	7	11,5
Nähmaschine (elektrisch)	24	39,3
Nähmaschine (mechanisch)	23	37,7
Staubsauger	56	91,8
Bügelmaschine (Heimbügler)	1	1,6
Waschmaschine (einschl. Waschvollautomat und Waschkombination)	45	73,8
Wäscheschleuder	23	37,7
Telefon	4	6,6
Personenkraftwagen	29	47,5
Motorrad	2	3,3
Moped	3	4,9
Fahrrad	95	155,7
Zahl der buchführenden Haushalte	61	—

Langfristige Entwicklungstendenzen der Ausgaben für den privaten Verbrauch

Infolge der Einführung der neuen Systematik ab 1. Januar 1965 können die früher veröffentlichten Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen nicht mehr zur Trendbeobachtung in jüngerer Zeit herangezogen werden. Um wenigstens bis zum Jahr 1958 zurück vergleichbares Zahlenmaterial zu beschaffen, mußten die Haushaltungsbücher von diesem Basisjahr an nochmals neu aufbereitet werden.

In dem Schaubild auf der Umschlagseite sind die nun vorliegenden Ergebnisse für die Jahre 1958 und 1966 zum Vergleich gegenübergestellt. Die linke Seite der Graphik zeigt, daß die absoluten Ausgabenbeträge durchweg zugenommen haben. Die rechte Seite hingegen verdeutlicht, daß die Steigerung in den einzelnen Bedarfsgruppen recht unterschiedlich war, und sich daher deren Prozentanteile am Gesamtverbrauch verschoben haben. Die Ursachen hierfür sind einerseits in Preiserhöhungen mehr oder minder großen Ausmaßes, andererseits aber in der uneinheitlichen Ausweitung des Bedarfs zu suchen. Aus dem Schaubild (rechte Seite) lassen sich vor allem folgende für die allgemeine Entwicklung und den steigenden Wohlstand charakteristischen Veränderungen der Verbrauchsstruktur ablesen:

Die lebensnotwendigen Ausgaben, insbesondere die Aufwendungen für die Ernährung, haben im Rahmen des Gesamtbudgets erheblich an Gewicht verloren. Die Bedarfsgruppe „Bekleidung“, die 1958 noch den drittgrößten Ausgabenposten darstellte, ist auf den 5. Platz zurückgefallen. Dagegen traten einige Positionen des gehobenen Bedarfs stärker in den Vordergrund. Besonders ins Auge fallend ist der gestiegene Aufwand für „Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung“. In der Gruppe „Wohnungsmieten“ zeichnen sich die Auswirkungen der Mietpreisfreigabe ab, die für die mittlere Einkommensschicht eine zunehmende Belastung der Haushaltskasse darstellt, wobei allerdings die einem Teil der Haushalte in Form von Wohngeldzahlungen zugute kommenden Erleichterungen hier nicht in Erscheinung treten, da diese Gelder der Einnahmeseite des Budgets zugeschlagen werden.

Die Ergebnisse der Zusatzerhebung zur Berechnung des Haushaltsverbrauchs

Während bei der früher angewandten Darstellungsweise auch der Verbrauch der Güter, die nicht dem Markt entnommen

wurden, in die Ergebnisse einbezogen war, erscheinen jetzt als Ausgaben für den privaten Verbrauch (abgesehen von einigen Ausnahmen wie Deputate, Mietwerte der Eigentümerwohnungen) im Haushaltsbudget nur noch die käuflich erworbenen Waren und Dienstleistungen. Die Ergebnisse gewähren Aufschluß über die realisierte Nachfrage der Haushalte am Markt, jedoch nicht über deren Gesamtverbrauch. Zur Ergänzung werden daher in der *Tabelle 3* (Spalte 2 und 3) die außerhalb des Budgets notierten und mit Einzelhandelspreisen bewerteten Sachgeschenke von Dritten und Sachzüge aus Eigenbewirtschaftung aufgeführt. In Spalte 1 sind die Ausgaben der Haushalte für Sachgeschenke an Dritte enthalten. Um den tatsächlichen privaten Bedarf (soweit sich dieser im Rahmen der angewandten Buchführungsmethode erfassen läßt) zu errechnen, müssen von den im Haushaltsbudget aufgeführten Beträgen die Ausgaben für Sachgeschenke an Dritte abgezogen, die Zugänge an Sachgeschenken und Erzeugnissen aus Eigenbewirtschaftung hinzugezählt werden.

Die Zahlen lassen erkennen, daß die Ausgaben für Sachgeschenke an Dritte (14,95 DM) erheblich niedriger waren als die von den Haushalten selbst empfangenen Sachgeschenke (39,79 DM). Als Erzeugnisse aus Eigenbewirtschaftung wurden neben Nahrungsmitteln im Wert von 8,67 DM nur geringfügige Mengen anderer Produkte (Holz vom eigenen Wald

sowie selbstgezüchtete Zierpflanzen und Blumen) verbucht, die im Durchschnittsergebnis keine nennenswerte Bedeutung besaßen.

Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

Die Angaben in *Tabelle 4* zeigen, inwieweit in den Haushalten hochwertige Gegenstände vorhanden sind, die mancherlei Annehmlichkeiten und Arbeitserleichterungen für die Hausfrau bringen, bzw. der Bildung und Unterhaltung dienen oder zu Verkehrszwecken und für die Nachrichtenübermittlung verwendet werden. Am weitesten verbreitet waren unter den aufgeführten Gebrauchsgütern die Fahrräder, von denen die Einzelhaushalte im Durchschnitt mehr als eines besaßen. Auf alle Haushalte fiel ferner durchschnittlich ein Radiogerät. Der Häufigkeit nach an dritter Stelle standen die Fotoapparate, Kühlschränke und Staubsauger, die jeweils in 92 % aller Haushalte anzutreffen waren. Bemerkenswert war auch der Anteil der Haushalte mit Fernsehgeräten (64 %). Schließlich sei noch auf die hohe Quote von Kraftwagenbesitzern hingewiesen (annähernd 48 %). Die Zahlen veranschaulichen, daß es – nicht zuletzt dank der günstigen Einkommensentwicklung in den vergangenen Jahren – auch der mittleren Einkommensschicht möglich war, durch den Kauf hochwertiger Gebrauchsgüter aus dem Fortschritt der Technik in erfreulichem Umfang Nutzen zu ziehen.

Dr. Gertrud Harsch

Die Umsätze und ihre Besteuerung 1966

Hauptergebnisse nach der wirtschaftlichen Gliederung

Vorbemerkungen

Auf Grund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665/666) ist im Bundesgebiet und in Berlin (West) für das Kalenderjahr 1966 eine Umsatzsteuerstatistik in vereinfachter Form – wie für die Jahre 1955 bis 1961 und 1964 – durchgeführt worden. Nach dem genannten Gesetz ist die Umsatzsteuerstatistik jedes zweite Kalenderjahr, erstmals für das Jahr 1966, zu erheben.

Die Finanzämter lieferten¹ als Erhebungsunterlagen Statistische Blätter in Form von Adremalisten (Formblatt A) oder gesonderten Adremablättern (Formblatt SO und SG), für die sie die Angaben größtenteils aus den Umsatzsteuer-Überwachungsbogen nach den Voranmeldungen (Steuersoll) der Steuerpflichtigen zu entnehmen hatten. Abgelodet wurden die Allgemeinen Zählblätter (Formblatt A) und die Sonderzählblätter Organkreise (Formblatt SO). Die Angaben der Sonderzählblätter für die erfaßten Gebietskörperschaften (Formblatt SG) wurden auf die Allgemeinen Zählblätter übertragen. Abweichend vom Verfahren für die Erfassung der Organkreise bei den früheren Erhebungen wurden die Angaben für die Zeit vor Eintritt in den Organkreis und nach dem Ausscheiden aus dem Organkreis nicht mehr zu den Angaben des Organkreises für das Berichtsjahr hinzugeordnet; sie waren vielmehr durch die Finanzämter jeweils getrennt auf Allgemeinen Zählblättern nachzuweisen.

Auf die Umsatzsteuerstatistik wirkte sich besonders die durch das 16. Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 26. März 1965 (BGBl. I S. 156 ff.) mit Wirkung vom 1. Oktober 1964 eingeführte Steuerbefreiung der forstwirtschaftlichen Lieferungen durch Selbsterzeuger (bisher Steuersatz 1,5 %) aus. Daneben ist noch die in demselben Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1965 angeordnete Besteuerung der Lieferungen von Gas, Elektrizität oder Wärme (ausgenommen die Lieferungen zur gewerblichen Weiterveräußerung durch den Abnehmer) zum Steuersatz von 1,5 % (bisher steuerfrei) zu nennen. Wie zur Erhebung für das Jahr 1964 wurden auch 1966 bundeseinheitlich alle Kleinunternehmen (einschl. Kleinbetragsfälle nach § 67 UStDB) mit Jahresumsätzen bis unter

12 500 DM, bei freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern bis unter 20 500 DM von der Aufbereitung der Statistik ausgeschlossen. Nicht erfaßt wurden ferner die nach § 4 Ziff. 19 UStG steuerfreien landwirtschaftlichen und – erstmalig 1966 – forstwirtschaftlichen Umsätze sowie die nicht unter diese Befreiungsvorschrift fallenden Umsätze bis unter 12 500 DM der land- und forstwirtschaftlichen Mischbetriebe. Auch wurde wie bisher auf die Erfassung der nach § 4 Ziff. 8 UStG und § 33 UStDB steuerfreien Bankumsätze sowie der nach § 4 Ziff. 9 UStG steuerfreien Versicherungsumsätze verzichtet.

Zum Zwecke eines möglichst genauen Vergleichs mit der Vorstatistik sind in der Abhandlung die Ergebnisse des Jahres 1964² entsprechend den Umsetzungen dargestellt worden, die 1965 und 1966 insbesondere durch Zu- und Abgänge bei Organkreisen und nachträgliche Berichtigungen von Ergebnissen der Vorstatistik bedingt wurden. Die hiermit bekanntgegebenen Hauptergebnisse für Baden-Württemberg sind als endgültig anzusehen.

Gesamtergebnisse

Die Gesamtzahl der 1966 in die Aufbereitung einbezogenen *Steuerpflichtigen* mit Jahresumsätzen von 12 500 DM bzw. – bei freien Berufen, Handelsvertretern und Maklern – 20 500 DM und mehr betrug 250 502. Somit ergibt sich gegenüber 1964 eine Vermehrung der Steuerpflichtigen um 2729 = 1,1 % (1964 gegenüber 1962: + 3,7 %). Die weitere Zunahme der Zahl der Unternehmen resultiert aus dem Überschuß der Zugänge über die Abgänge, wobei wieder ein sicherlich nicht unbeträchtlicher Teil der Zugänge auf bereits vorhandene Unternehmen entfällt, die infolge Überschreitens der Freigrenzen in die statistische Erfassung hineinwuchsen. Die *Gesamtumsätze* haben 1966 infolge der in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums die starke Zuwachsrate des Jahres 1964 gegenüber 1962 (+ 17,0 %) nicht erreicht. Sie erhöhten sich gegenüber 1964 um 19,3 Mrd. DM = 14,6 % auf 151,7 Mrd. DM. Das *Umsatzsteuersoll* stieg 1966 um 505 Mill. DM = 14,8 % auf

¹ Gemäß Erlaß des BdF vom 9. Dezember 1966 zur Durchführung der Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1966.

² Vgl. *Statistische Berichte* L II 3 – j/64 vom 25. April 1966 und *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 1 und 4/1966, S. 19/20 bzw. S. 116 ff.